



WAHLAUFRUF

Jede Stimme zählt

Viele Menschen fühlen sich von den Ereignissen in der Welt und ihren Folgen für die Bundespolizei geradezu überwältigt.

Wir erleben, welche schlimmen Folgen die politische Ignoranz der letzten Jahre gegenwärtig für die Menschen in der Bundespolizei und ihre nächsten Angehörigen auslöst. Stimmenabgabe ist Teilhabe an erfolgreichen Lösungen. Wer „nur“ meckert, gestaltet nicht mit. Wir haben unsere Stimmen gegen die Unzufriedenheit, Unzulänglichkeiten und Ungerechtigkeiten erhoben. Wir haben keine Stimmung gemacht, sondern erkämpf-



ten mit guten Argumenten Verbesserungen, so, wie es unser Wählerauftrag war.

Mit Sven Hüber und Martin Schilff stehen für uns an der Spitze des Bundespolizei-Hauptpersonalrates sowie des Bezirkspersonalrates zwei anerkannte und geschlossene Persönlichkeiten, die in den letzten Jahren mit klaren Ansagen und starker Haltung diese Interessenvertretungen führten. Sven und Martin sind keine Gernegroß. – Sie werden vom Vertrauen der Menschen in der Bundespolizei getragen und dieses Vertrauen ist Ausdruck der Stimmenabgabe bei den Wahlen zu den Personalräten. Die Beteiligung an den Personalratswahlen bildet somit die Basis für eine erfolgreiche Interessenvertretung gegenüber der Behörde, dem Präsidium, dem Ministerium und dem Parlament. Jede Stimme stärkt unsere Verhandlungsposition. Jede Stimme verleiht unseren Argumenten Kraft. Deshalb zählt jede Stimme.

Wir werden auch in Zukunft jenen eine Stimme geben, die zu den „Stillen“ in unserer Organisation gehören. Mit der Stimmenabgabe wird jedes Schweigen gebrochen. Die Wahlbeteiligung in der Summe aller Stimmen autorisieren Sven Hüber, Martin Schilff und alle



Foto: F. Radke

anderen Kandidatinnen und Kandidaten, ihre Stimmen für alle zu erheben. Die Beteiligung an der Stimmenabgabe stärkt ihre Positionen. Und jede Verhandlung wird dadurch erfolgreich, dass diejenigen, die sie führen, diese im Namen all der anderen Stimmen führen können. Dies gilt auch für den Interessenausgleich zwischen den Einzelinteressen. Jede Stimme ist auch eine Stimme für den Ausgleich untereinander. Damit die Bundespolizei menschlicher, fairer und besser wird, zählt jede Stimme.

Euer Jörg Radek

DIREKTIONSGRUPPE NORDRHEIN-WESTFALEN

Auch die Direktionsgruppe (DG) Nordrhein-Westfalen der Gewerkschaft der Polizei (GdP) präsentiert sich an dieser Stelle mit ihren Initiativen – nicht zuletzt auch zu den bevorstehenden Personalratswahlen – und wir drucken einen offenen Brief des DG-Vorsitzenden an den Präsidenten der Bundespolizei ab.

Sehr geehrter Herr Präsident Dr. Romann!

Fast schon verzweifelt wende ich mich, Vorsitzender der GdP-Direktionsgruppe der Bundespolizei Nordrhein-Westfalen, auf diesem Wege an

Sie, um auf Missstände aufmerksam zu machen, die verheerende Auswirkungen auf die Bundespolizei haben.

Seit nunmehr mehreren Jahren ist die Zahl der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die die Bundespolizei verlassen, entschieden höher, als die Zahl derer, die nach erfolgreicher Ausbildung in die Dienststellen entsandt werden. Dies ist allgemein bekannt, wird nahezu widerspruchsfrei in Kauf genommen und einer beginnenden Vergreisung der Bundespolizei, die einen wesentlichen Faktor in der Sicherheitspolitik der Bundesrepublik darstellt, wird scheinbar gelassen entgegengeblickt. Statt den verbliebenen Beamtinnen und Beamten

deutliche Zeichen zu setzen, die eine Besserung versprechen und eine laugeangepasste und menschliche Einsatzsituation erhoffen lassen, wird von den Entscheidungsträgern auf der einen Seite die Erfüllung von Gesetzen nach vorn getragen, auf der anderen Seite werden Gesetze mit Füßen getreten.

Was ist damit gemeint?

Als Beispiel für die unbedingte Erfüllung von Vorgaben und Gesetzen der Europäischen Union möchte ich die Flughäfen anführen, die unter Vernachlässigung vieler sogenannter weicher Faktoren, mit Polizistinnen

Fortsetzung auf Seite 2



Fortsetzung von Seite 1

und Polizisten aufgefüllt werden. Dies geschieht unter Inkaufnahme von Schließungen kompletter Reviere, sogar in Schwerpunktdienststellen im Ruhrgebiet. Die Abordnungen zu Unterstützungseinsätzen außerhalb der Direktion STA verstärken diese Situation.

Die Durchführung der ureigenen Aufgaben nach Bundespolizeigesetz ist dort nicht mehr möglich. Es wird stattdessen auf das subjektive Sicherheitsgefühl des Bürgers gesetzt – sprich: Dem Bürger wird ein Gefühl von Sicherheit vorgegaukelt –, tatsächlich ist sie nicht vorhanden. So entstehen Angsträume.



DG-Chef Jürgen Mießner (Bildmitte) mit seinem Team für die anstehenden PR-Wahlen. Die nordrhein-westfälische GdP-Direktionsgruppe benennt in „ihrem“ offenen Brief die Missstände in der Bundespolizei beim Namen und zeichnet ein authentisches Stimmungsbild. Foto: GdP



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe: **Bezirk Bundespolizei**

Geschäftsstelle:
Forststraße 3a,
40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-0
Telefax (02 11) 71 04-555

Redaktion:
Dr. Hartmut Kühn (V.i.S.d.P.)
Forststraße 3a,
40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-0
Telefax (02 11) 71 04-5 55
Internet: www.gdp-bundespolizei.de
E-Mail: info@gdp-bundespolizei.de
Martin Schmitt
Mobil (01 72) 8 99 05 23
E-Mail: schmitt-karlstein@freenet.de

Die Redaktion behält sich vor, LeserInnenbriefe gekürzt zu veröffentlichen. Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernehmen wir keine Gewähr. Namentlich gekennzeichnete Artikel stellen nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion dar. Nachdruck und Verwertung, ganz oder teilweise – auch in elektronischen Medien – nur mit ausdrücklicher Genehmigung der Redaktion. Dies gilt auch für die Aufnahme in elektronische Datenbanken und Mailboxes sowie für Vervielfältigungen auf CD-ROM.

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der
Gewerkschaft der Polizei
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 38
vom 1. Januar 2016
Adressverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42–50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0949-2836

Eine weitere gesetzliche Vorgabe, nämlich die der Arbeitssicherheit wird ebenfalls ignoriert. Die gesetzlichen Vorgaben werden seit Jahren nur bedingt bis gar nicht bedient. Eine Gefährdungsbeurteilung am Arbeitsplatz und die ergänzende psychische Gefährdungsbeurteilung wurde nicht durchgeführt; dabei ist sie die Grundlage für sämtliche Entscheidungen der Behördenleitung in Bezug auf den alles entscheidenden Faktor Mensch. Den Mitarbeitenden wird auf diese Weise sehr deutlich vor Augen geführt, welchen Stellenwert sie für den Arbeitgeber haben, nämlich keinen.

Alternativ wird auf der Führungsebene nach Motivatoren gesucht, um die gestressten, überforderten und nicht informierten Mitarbeiter zu motivieren und auch noch freiwillig Überstunden leisten zu lassen, von denen jeder weiß, dass diese nicht abgegolten werden können. Die alten Werte, die sich im Laufe von Hunderten von Jahren erfolgreicher Polizeiarbeit entwickelt haben und die sich in allen Punkten bewährt haben, werden negiert und verlacht.

Die soziale Gemeinschaft Bundespolizei ist zerbrochen, ein Sinn in der Arbeit wird von den Mitarbeitenden nicht mehr erkannt. Die körperliche Fitness der im Feuer stehenden Polizeibeamten wird zusehends schlechter, weil Sport hinter dem Einsatzgeschehen zurücksteht. Eine Qualifizierung ist nicht mehr möglich, weil die Fortbildungsbeauftragten überfordert sind und sich nun auf eine Schwemme

von Neueinstellungen vorbereiten. Neueinstellungen, bei denen die Anforderungen im geistigen und körperlichen Bereich heruntergesetzt wurden und befürchten lassen, dass sie den hohen Belastungen im Polizeidienst trotz Ausbildung nicht gewachsen sein werden.

Wenn Sie Gesetze befolgen müssen (siehe Flughäfen), dann sollten Sie alle gesetzlichen Vorgaben gleichermaßen im Auge haben. Vernachlässigen Sie die Menschen nicht, denn sie sind es, die die Bundespolizei darstellen und für den hervorragenden Ruf unserer Sicherheitsbehörde stehen.

Ich bitte Sie sehr eindringlich den Worten: Moral und Anstand, Ethik und Menschlichkeit auch Taten folgen zu lassen. Andernfalls werden Sie die Menschen, die sich in der Uniform befinden, zerbrechen.

Bitte binden Sie die Menschen in der Bundespolizei möglichst früh dort ein, wo Entscheidungen zu treffen sind, die Beruf und Familie betreffen, um bei diesen Mitarbeitern wieder eine Identifikation mit ihrem Berufsbild möglich zu machen und die Sinnhaftigkeit ihrer Arbeit wieder klar werden zu lassen. Weisen Sie die Personalverantwortlichen an, für einen Ausgleich zu den jeweiligen Einsatzgeschehen zu sorgen. Schaffen Sie praktikable Lösungen. Dabei bitte ich Sie zu bedenken: „Gut gemeint ist nicht gut gemacht.“

Mit freundlichen Grüßen

Jürgen Mießner



DIREKTIONSGRUPPE BERLIN BRANDENBURG

Die Verantwortung gegenüber den Beschäftigten der Bundespolizeidirektion Berlin darf sich nicht in einem inhaltslosen Loben abbilden. – Wir müssen menschlicher werden.

Ja, die Bundespolizei hat ihren Beschäftigten viel zu bieten. Manches muss man sich bieten lassen, einiges wird aber auch angeboten. Vier Jahre sind um und jetzt heißt es, neu zu wählen. Es ist zu entscheiden, wer die Interessen der Beschäftigten der Bundespolizei am wirkungsvollsten vertritt. Wer einen Rückblick über die letzten Jahre hält, bekommt klare Antworten. Für mich persönlich ein toller Erfolg, da ich u. a. in meiner Verantwortung als Vorsitzender der Direktionsgruppe (DG) Berlin Brandenburg der Gewerkschaft der Polizei (GdP) mitgestalten durfte:

- an der Neubewertung der Dienstposten und der Beseitigung von Gerechtigkeitslücken (Wegfall der Bewertungsebene A 9g/10 [AF] durch Anhebung auf A 9g–11 oder anders ausgedrückt: Es gibt nur noch eine Bewertungsebene [A 7–9mZ] im mittleren Polizeivollzugsdienst),
- an der Einführung der Zulagen für Dienst zu wechselnden Zeiten,
- an der Durchsetzung der leistungsorientierten Bezahlung (LOB) bzw. deren Umsetzung zur Auszahlung im Jahre 2014,

- an der Beseitigung der Altersdiskriminierung für unsere Aufstiegsverfahren,
- an der, auch wenn es sechs Jahre gebraucht hat, Erhöhung des DuZ etc.

An dieser Stelle möchte ich auch eine kurze Ausrichtung für unsere zukünftige Personalratsarbeit darstellen. Ihr wisst es am besten: Die Aufgaben der und Ansprüche an die Personalräte werden nicht geringer. Dafür brauchen wir Interessenvertreter, die mit Elan und Lösungswillen an eure berechtigten Anliegen herangehen. Und wir brauchen Menschen, die die „kleinen Dinge“ nicht aus dem Auge verlieren. Wir wollen endlich raus aus der „Abordnungsfalle“ und hin zu einer gerechteren Lastenverteilung der Aufgaben. Wir wollen Wege aufzeigen und interne Abläufe hinterfragen, welche den Druck und die Belastung unserer Beschäftigten in den Berliner Dienststellen verringern. – Allein das Vorhandensein der Mitbestimmung als Gesetz reicht jedoch nicht aus.

Soziale Gerechtigkeit und Solidarität braucht die Einmischung jedes Einzelnen. Wir wollen, dass unsere Berliner Personalräte einen Ausgleichsfaktor zwischen den Interessen der Beschäftigten und der Dienststelle bilden, also mehr als „sozialer Kitt“ darstellen, der den „Laden“ zusammenhält.

Der allgemeine Überwachungsauftrag der Personalräte und ihre demo-



Unser GdP-Direktionsgruppenvorsitzender Manfred Kirchhoff tritt für ein menschlicheres Miteinander ein und fordert bewusst zum Dialog auf.
Foto: GdP

kratische Legitimation bilden die Pole für das immerwährende Spannungsfeld zwischen Dienststellenleitung und Beschäftigtenvertretung. – Hier spiegelt sich am deutlichsten Demokratieverständnis und Menschenbild wider. Wir werden ansprechen, auswerten, folgern und Klartext reden. Einfach nur dagegen sein, war und ist für die GdP keine Alternative. Wir fordern all diejenigen, die „verantworten und führen“, auf, mit uns zu reden; wir sind bereit für diesen Dialog. Und dafür treten wir bei den Personalratswahlen 2016 an! **MK**

DIREKTIONSGRUPPE BADEN-WÜRTTEMBERG

„Mir im Süden!“

Mit dem A-Cappella-Song des Quintetts „füenf“ leitete Berthold Hauser den 3. Delegiertentag der Direktionsgruppe (DG) Baden-Württemberg der Gewerkschaft der Polizei (GdP) ein. Über 70 Delegierte, Gäste, Politiker und Freunde der GdP waren der Einladung nach Altensteig-Wart ins DEKRA-Congress-Center gefolgt. Angemeldet war auch der Innenminister von Baden-Württemberg, Reinhold Gall. Leider verhinderte eine Grippe seinen Besuch. Dafür war Ministerialdirektor Dr. Herbert Zinell – als sein direkter Vertreter – unser Gast und überbrachte Grüße aus dem baden-württembergischen Innenministerium und sprach in seiner Rede

von der sehr guten Zusammenarbeit zwischen Landes- und Bundespolizei. Auch unsere GdP wurde lobend erwähnt. Die Bundestagsabgeordneten Clemens Binninger (CDU) und Dr. Johannes Fechner (SPD) schauten ebenfalls in Wart vorbei. Clemens Binninger, der schon traditionell – nach den beiden ersten Delegiertentagen nun auch zum dritten Mal – bei uns war, stellte sich den interessierten Fragen der Delegierten. Dr. Johannes Fechner bot uns als GdP die volle Unterstützung seiner Partei an. Neben dem Präsidenten der Bundespolizeidirektion Stuttgart, Peter Holzem, dem stellvertretenden Bürgermeister der Stadt Altensteig, Anton Doll, unseren Freunden des GdP-Landesbezirks Baden-Württemberg, war

selbstverständlich auch unser GdP-Bezirksvorsitzender Jörg Radek mit einer flammenden Rede zu hören. Nicht vergessen wollen wir an dieser Stelle unseren Freund Karlfred (Charly) Hofgesang, bei dem wir uns in dieser Runde herzlich für seine Unterstützung sowie seinen Rat seit über 20 Jahren herzlichst bedankten. Unsere Partner und Freunde von der SIGNAL IDUNA, dem Verlag Deutsche Polizeiliteratur (VDP) und dem Auto Club Europa (ACE) beehrten uns ebenfalls mit ihrer Anwesenheit und sie informierten uns über Neuerungen bzw. bekräftigten die gute Zusammenarbeit, die wir im „Ländle“ hegen und pflegen. Nachdem wir

Fortsetzung auf Seite 4



DIREKTIONSGRUPPE BADEN-WÜRTTEMBERG

Fortsetzung von Seite 3

beim letzten Delegiertentag mit einer Podiumsdiskussion um den FIFA-Schiedsrichter Knut Kircher zum Thema Sport und Gewalt ein Highlight setzen, lagen wir dieses Mal mit dem Vortrag von Polizeidirektor Thorsten Kruijer, Fachkoordinator Kriminalitätsbekämpfung an der Bundespolizeiakademie in Lübeck, zum Thema „Der Islam – Islamismus und Salafismus“ wieder einmal richtig. In interessanten 90 Minuten – mit einer ausführlichen Diskussion und der Beantwortung vieler Fragen – nahm uns Thorsten Kruijer auf eine informative „Reise“ zum Islam und dem Salafismus mit.

Natürlich fanden auch Wahlen zum DG-Vorstand statt. Gewählt wurde erneut einstimmig Berthold Hauser zum Vorsitzenden, Axel Klumpp zum Kassier sowie Harald Fengler zum Schriftführer. Auch die stellvertretenden Vorsitzenden und Beisitzer wurden alle einstimmig gewählt. Unter

der souveränen Regie der Verhandlungsleitung von Dieter Schneider, Harald Möbius und Peter Gessendorfer verlief der Delegiertentag äußerst harmonisch. Mit einem Dringlichkeitsantrag wurde wiederum auch ein Zeichen gesetzt. Dieser Dringlichkeitsantrag passt genau in das Vorhaben der GdP, Wege aus der „Abordnungsfall“ aufzuzeigen und anzugehen. Wie gut die DG Baden-Württemberg aufgestellt ist, zeigt sich darin, dass wir viele junge Kolleginnen und Kollegen bereits jetzt integrieren und an die GdP-Arbeit heranzuführen. So waren nicht nur „etablierte“ Funktionsträger, sondern auch junge Kolleginnen und Kollegen aus der Mobilen Kontroll- und Überwachungseinheit, dem Pool der Auszubildenden und allen Dienststellen aus unserem Verantwortungsbereich dabei. Auch unsere GdP-Frauen waren sehr gut vertreten. In seinem Schlussplädoyer stellte Berthold Hauser vor allem die weitere GdP-Nachwuchsarbeit und die bevorstehenden Personalratswahlen in den Vordergrund seiner Betrachtungen. Im Ge-



Wiedergewählt und sehr gut aufgestellt mit seinem Team im „Ländle“: Berthold Hauser als alter und neuer DG-Vorsitzender in Baden-Württemberg. Foto: GdP

samtpersonalrat mit einer Liste von knapp 50 Beamten und im Tarifbereich mit einer Liste von elf Arbeitnehmern – davon 10 Frauen – können wir stolz und mit vollem Schwung in die heiße Phase des Personalratswahlkampfes gehen. **BH**

DIREKTIONSGRUPPE FRANKFURT/MAIN FLUGHAFEN

Neuwahl der Personalvertretungen in diesem Monat: Neben dem Bundespolizei-Hauptpersonalrat und dem Bezirkspersonalrat wird auch der Personal-



Kennt die Probleme der Schwerpunkte auf dem Rhein-Main-Flughafen für die Beschäftigten der Bundespolizei sehr genau und weiß sich – nicht nur in Verhandlungen – einzubringen und durchzusetzen: Martin Schmitt. Foto: GdP

rat bei der Bundespolizeidirektion Flughafen Frankfurt/Main durch Wahl eine Neuaufstellung erfahren.

Als Gewerkschaft der Polizei (GdP) haben wir den Anspruch, unsere erfolgreiche Arbeit auch in den nächsten vier Jahren auf örtlicher Ebene fortsetzen zu dürfen. Diese Arbeit war in der Vergangenheit durch intensive Einflussnahme unserer Gewerkschaft auf allen Ebenen geprägt; sowohl im politischen Raum als auch auf Ebene der Verantwortlichkeiten in der Führung der Bundespolizei. Hier galt es, Kurs zu halten, und unser Einsatz für eure Belange fand in vielen Bereichen statt. Wir berichteten aktuell zu unseren Initiativen und Aktionen jeweils auf unserer Homepage (www.gdpffm.de). Im Speziellen fand die Realisierung unseres Anspruchs vor Ort durch Rat, Information und persönliche Hilfe sowie immer wieder durch Verhandlungsgeschick und Einflussnahme gegenüber unserer Direktionsleitung seine Umsetzung. Aber auch in der Politik setzten wir uns für die Verbesserungen von Rah-

menbedingungen ein, die unserem Berufsalltag und den Belastungen entsprechend Rechnung trugen.

Insbesondere nach einer sehr intensiven Auseinandersetzung, in die wir im Speziellen unser örtliches Know-how aus den gestellten Erfordernissen des operativen Bereichs einbrachten, konnte erreicht werden, dass die Regelung zur Anrechnung der Ruhepausen auf die Arbeitszeit nunmehr auch durch die neue Arbeitszeitverordnung gestützt wird.

Doch es gibt noch vieles anzugehen. Nicht zuletzt zu den stringenten Urlaubsregelungsfestlegungen in unserer Behörde, die dringend Veränderungen bedürfen. Und mit Stolz können wir auf unseren Einfluss im Tarifbereich zurückblicken und resümieren, dass die Entgeltgruppe 3 durch Neubewertungen der Arbeitsplatzbeschreibungen an unserer Dienststelle fast der Vergangenheit angehört. Auch konnten Tarifbeschäftigte von Verbeamtungen partizipieren. Doch auch diesen Weg gilt es, weiter zu beschreiten. Und zu den



DIREKTIONSGRUPPE FRANKFURT/MAIN FLUGHAFEN

noch ausstehenden Neubewertungen im Bereich der Stabsstellen – und damit zu Verbesserungen dieser Dienstpostenbewertungen – werden wir uns ebenfalls einbringen.

Von daher werbe ich – auch namens unseres GdP-Vorstands – um eure Stimmen in den anstehenden Personalratswahlen. Als verantwort-

licher Vorsitzender unserer GdP-Direktionsgruppe möchte ich als Spitzenkandidat und GdP-Listenfürher bei unserer Dienststelle mit unserem Team diese bewährte Arbeit fortsetzen. Es geht bei meinem und unserem Werben um eure Stimmen in erster Linie um Verlässlichkeit, Kompetenz und Vertrauen in unsere

bisherige Arbeit. – Genau auf diesem Weg möchten wir auch mit einem guten und starken Ergebnis für unsere GdP den seit Jahren beschrittenen Weg fortsetzen. Darum bitte ich euch um eure Stimmen für die Liste 1 unserer Gewerkschaft der Polizei. **MS**

DIREKTIONSGRUPPE BAYERN

Die Bundespolizei insgesamt, aber besonders die Kolleginnen und Kollegen der Bundespolizeidirektion (BPOLD) München sind durch die Herausforderungen der Massenmigration, der Bedrohung durch den Terrorismus und den weiterhin durchzuführenden Regeldienstaufgaben einem enormen Druck ausgesetzt.

Der Inbetriebnahme des neuen Satelliten am Flughafen München, aber auch die Etatisierung zweier komplett neuer Inspektionen in Kempten und Freilassing ist nur durch die Zuführung von Mitarbeitern von außerhalb der BPOLD München zu „stemmen“. Die Direktion München muss bei über 5000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die der Organisations- und Dienstkostenplan ausweist, auch in den Stabsbereichen einen deutlichen Personalzuwachs erfahren; – aber vor allem schnell Personal zur Auffüllung dieser Schwerpunktdienststellen erhalten. Die Kompensation innerhalb der BPOLD München ist längst nicht mehr ausreichend und belastet durch ständige vorübergehende Umsetzungen den Einzelnen, aber auch die Aufgabenwahrnehmung der abgehenden Dienststellen.

Jede Entscheidung betrifft schließlich Beschäftigte mit Erwartungen, Sorgen und individuellen Bedürfnissen. Ich möchte mich auf die ureigenen Aufgaben gewerkschaftlichen Tuns besinnen – den Menschen hinter der Uniform zu sehen, seine Bedürfnisse zu erkennen und diesen in vertrauensvoller Kooperation mit dem Dienstherrn Gewicht zu verleihen.

Bei allen Zahlen, Daten und Fakten ist doch die „Ressource Mensch“

die einzige, die unersetzbar und unverzichtbar ist.

Gemäß des Mottos „Auch Mensch“, einer Initiative der Gewerkschaft der Polizei (GdP), möchte die Direktionsgruppe Bayern an die Belastungsgrenze der Mitarbeiter erinnern. Hinter jedem Mitarbeiter verbirgt sich eine Mutter, ein Vater, ein Großvater oder eine Vereinskollegin. Damit diese weiter ihre Aufgabe als Berufung und nicht als „Job“ verstehen, bedarf es der Wertschätzung, die all unsere Kolleginnen und Kollegen in der Bundespolizei verdient haben.

Für die Direktionsgruppe Bayern stehen unter anderem auf der Agenda:

- die schnelle Zuführung von Personal in die Direktion München, um die Belastung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu senken,
- die Förderungen und das Schaffen von Anreizen für unsere Tarifbeschäftigten,
- eine faire Vergütung von Arbeitszeit, die Einführung von Langzeitarbeitszeitkonten und der Ausbau flexibler Arbeitszeitmodelle (hier wurde durch das Engagement der GdP bereits die Vergütung des Einsatzes „Massenmigration“ für alle verbessert, doch gilt es weiter in diesem Themenfeld aktiv zu bleiben),
- das Schaffen angemessener Arbeitsbedingungen beispielsweise durch geeignete Dienstgebäude und die Versorgung von Einsatzkräften, wie etwa im Massenmigrationseinsatz Südgrenze (auch hier wurden bereits einige Verbesserungen geschaffen, dennoch gilt es insbesondere bei der Auswahl der Dienstgebäude für die neuen Inspektionen Kempten und Freilas-



Er kennt die Sachzwänge, weiß aber auch konstruktiv mit Druck umzugehen: der bayerische DG-Chef Andreas Roßkopf.

Foto: GdP

sing, auch an die Belange der Mitarbeiter zu denken) und

- das Bereitstellen der notwendigen Führungs- und Einsatzmittel, wie etwa auch dem zweiten Magazin für die P30.

Es gibt in der Bundespolizeidirektion München zahlreiche Herausforderungen. Die Direktionsgruppe Bayern der GdP hat jedoch den unbedingten Willen, diese anzugehen und sie hat die Werkzeuge, um die angestrebten Vorhaben auch im Sinne aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu erreichen.

AR



DIREKTIONSGRUPPE KÜSTE

Als Vorsitzender der Direktionsgruppe Küste der Gewerkschaft der Polizei (GdP) vertreten mein Vorstand und ich unsere Kolleginnen und Kollegen aus dem Bereich der Bundespolizeidirektion Bad Bramstedt – einem der personellen „Steinbrüche“ der Bundespolizei.

Der aktuellen Politik des Bundespolizeipräsidium (BPOLP) ist deutlich zu entnehmen, dass die beiden Bundesländer Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern kaum eine Rolle in der Aufgabenwahrnehmung der Bundespolizei spielen. Handelt es sich dabei immerhin um zwei von drei Bundesländern, die



Für Dirk Stoß und sein GdP-Küstenteam sind keine Mühen zu groß, um Entscheidungen für unsere Beschäftigten zu erreichen.

Foto: GdP

noch über eine Außengrenze (außer den Flughäfen) verfügen. Und die Bundespolizei ist für den Schutz des Schengengebietes und die Einreisekontrollen entlang der Nord- und Ostsee mit den Land- und Seeinspektionen zuständig. Demzufolge handelt es sich bei den in den letzten Jahren zu bearbeitenden Themen auch um die, die wir in den nächsten vier Jahren zu bewältigen haben.

Ein leider seit fast zwei Jahren andauernder Prozess stellt die Thematik um die Arbeitszeit auf den Einsatzschiffen der Bundespolizei See dar, welche wir als GdP aktiv vor den Verwaltungsgerechten für unsere Mitglieder begleiten, aber auch den Gesamtpersonalrat bis zum Verwaltungsgericht führte. Leider dauert das Ganze weiter zulasten der Kolleginnen und Kollegen an. Und genau diese Beschäftigten befinden sich derzeit für die Bundespolizei im Frontex-Einsatz in der Ägäis.

Das grundlegendste Problem liegt in der Altersstruktur unseres Personalkörpers. Der Überalterung wurde vorsätzlich durch das BPOLP wider besseres Wissen nicht entgegengewirkt, da seit Jahren keine Verjüngung stattfand. Und die Belastung unserer Kolleginnen und Kollegen wird durch hohe Abordnungsraten zu anderen Dienststellen der Bundespolizei seit Jahren stetig erhöht. Immer weniger Personal muss immer mehr leisten; bis hin zur Aufgabenerfüllung der Bereitschaftspolizei in Einsatzlagen. Die Folgen: Umstellung auf 12-Stunden-Schichten, Dienstplanänderungen, keine Möglichkeiten zum

Abbau von Überstunden und einen immer größer werdenden bahnpolizeilichen „Blindfleck“ in der Landschaft durch personellen Rückzug aus der Fläche.

Und für die Bundespolizeiinspektion (BPOLI) Pasewalk ist die Neuorganisation immer noch nicht beendet. Dennoch werden trotz eines Personalüberhanges, in den noch im vergangenen Jahr Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter durch die Behörde gesetzt wurden, nunmehr freie Dienstposten „eingesammelt“; – selbst in einem Revier, das an der Ostsee liegt und erst 2015 mit den anliegenden Aufgabenstellungen begründet wurde. Auch hier zeigt das BPOLP wenig Ortskenntnis und logisches Denken auf.

Die GdP-Direktionsgruppe und ihre Kreisgruppen konnten viele kleinere und größere Erfolge in den vergangenen Jahren für sich verbuchen und trugen mit vielen politischen Kontakten und Gesprächen zu anderen Verbesserungen bei. Unsere Aufgabe für die Zukunft liegt darin, dies immer wieder unseren Kolleginnen und Kollegen zu vermitteln.

Wir sind nämlich die einzigen, die für euch da sind, euch anhören und uns vor Ort aber auch an allen anderen Orten, aktiv für euch einsetzen. Dafür ist uns kein Weg zu weit, keine Mühe zu groß und kein Schriftstück oder Gespräch zu viel. Ich werde mit meinem Küstenteam jedenfalls nicht müde, meiner ersten dienstlichen Beurteilung gerecht zu werden, dort stand: „Er teilt seine Meinung offen und direkt mit!“ **DS**

DIREKTIONSGRUPPE MITTELDEUTSCHLAND

In der Direktionsgruppe Mitteldeutschland der Gewerkschaft der Polizei (GdP) leisteten wir in den zurückliegenden Jahren gute Arbeit für unsere Kolleginnen und Kollegen. Die Funktionsträger der GdP mit ihrer Verzahnung in den Personalräten vor Ort konnten Verbesserungen erreichen oder Not abmildern, weil sie eben das Ohr an der Basis und somit an den Problemfeldern hatten.

Natürlich kann das nicht alles sein; unser Anspruch ist ein höherer. Die

GdP ist bei uns als Partner bekannt, der die Interessen aller Beschäftigten in Einklang mit den dienstlichen Erfordernissen einfordert und Lösungen anbietet, wo man auf Starrsinn und Bürokratie stößt. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf darf nicht nur ein Losungswort mit Lippenbekenntnissen sein, sondern muss gelebte Behördenkultur werden. Innerhalb der Bundespolizeidirektion Pirna wird es für uns in den nächsten Jahren Hauptaufgabe sein, dem demografischen Wandel „entgegenzusteuern“. Durch die Ausbildungsoffensive müssen wir zwingend auch in unserer Personalstruktur eine Stärkung erfah-

ren. Die Tätigkeitsfelder in einem so großen Direktionsbereich, mit bahnpolizeilichen, grenzpolizeilichen sowie luftsicherheitsmäßigen Aufgaben kann nur sichergestellt werden, wenn einer Renten- und Pensionierungswelle durch Zufluss junger Kolleginnen und Kollegen entgegengesteuert wird. Die eintretende Personalreduzierung durch Pensionierungen würde sonst zwangsläufig auf Schließungen oder Zusammenlegungen von Dienststellen hinauslaufen, also einer Entwicklung, der wir entschieden entgegenzutreten.

Der GdP in Mitteldeutschland ist es zu verdanken, dass diese Fakten



DIREKTIONSGRUPPE MITTELDEUTSCHLAND

und leidlichen Stellenkürzungen im Innenausschuss des Bundestages bekannt wurden und so – mit dem politischen Nachdruck – Änderungen eingefordert werden konnten.

Selbst die uns zur Verfügung stehenden Mobilen Kontroll- und Überwachungseinheiten sind von einem hohen Altersdurchschnitt betroffen und verdienen es, entlastet zu werden. Auch die Kürzungen und Streichungen in anderen Bereichen wären in der Summe für alle Kolleginnen und Kollegen eklatant schlimmer ausgefallen, wenn es nicht unsere starke Gewerkschaft gäbe. Unsere langjährige Forderung der Stärkung des Tarif- und Verwaltungsbereichs trägt ebenfalls endlich Früchte, auch wenn es leider trauriger Anlässe bedarf, um den Sparwahnsinn der zurückliegenden Jahre zu beenden. Die Erreichung einer Laufbahnattraktivität für alle Bereiche ist das Ziel der GdP – natürlich auch in der GdP-Direktionsgruppe Mitteldeutschland. Dafür stehen wir, dafür kämpfen wir.

Dazu gehört natürlich auch das leidige Thema Abordnungen. Wir sind

in unserem Bereich durch den „Königsteiner Schlüssel“ mit 28% die am meisten betroffene Direktion. Täglich müssen Kolleginnen und Kollegen Dienststellen verstärken und fehlen schmerzlich in den Heimatdienststellen und, was noch wichtiger ist, ihren Familien. Eine Lage, wie die der Migration an der deutsch-österreichischen Grenze wird von den Beschäftigten akzeptiert und in vorbildlicher Leistung freiwillig erbracht; auch mit den Folgen von fast drei Millionen Überstunden.

Die Abordnungen zu den Flughäfen sind aber aus Sicht aller Rückkehrer nicht akzeptabel, da weder der Sinn noch die Tätigkeit selber einer polizeilichen Lage entspricht. Biteschön, eine Dienststelle wie der Flughafen Frankfurt am Main mit 2500 Beschäftigten – und damit fast so viel Personal wie unserer gesamter Direktionsbereich – ist nicht in der Lage, personal- und ressourcenschonend zu arbeiten? Nein, liebe Kolleginnen und Kollegen, auch hier sind wir als GdP-Direktionsgruppe Mitteldeutschland bei euch und fordern eine Beendigung dieses Abord-



Unser Autor Etienne Frankenfeld trägt für die GdP in der Bundespolizei in Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen Verantwortung. Foto: GdP

nungsautomatismus; entgegen jeglicher polizeilicher Lageentwicklung. Liebe Kolleginnen und Kollegen, im Ergebnis aller „Baustellen“ bleibt: Wir als Gewerkschaft der Polizei stellen uns den Herausforderungen, für euch, als verlässlicher Partner für die Zukunft – menschlich eben! **EF**

DIREKTIONSGRUPPE KOBLENZ

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir stehen unmittelbar vor den Personalratswahlen 2016 in der Bundespolizei. – Warum soll ich also die Gewerkschaft der Polizei (GdP) wählen?

Seit mehr als 30 Jahren verfolge ich als passives und aktives GdP-Mitglied die Arbeit der GdP und anderer Berufsvertretungen in der Bundespolizei. Nüchtern betrachtet konnte ausschließlich die GdP Erfolge erzielen. Sie trug dafür Sorge, dass der einfache Dienst abgeschafft wurde; seinerzeit revolutionär. Die Forderung der deutlichen Erhöhungen der Anteile im gehobenen Dienst und die Umsetzung des Attraktivitätsprogramms darf sich die GdP „auf die Fahnen schreiben“. Das bedeutete in den letzten zehn Jahren mehr als 25000 zusätzliche Beförderungen. Für die Gestaltung der Zukunft ist gewerkschaftliche und personalrätliche Teamarbeit und Arbeitsteilung angezeigt. Hierfür stehen eine Vielzahl von Kolle-

ginnen und Kollegen, die auf den GdP-Listen kandidieren. Die Beschäftigten können sich selbstverständlich darauf verlassen, dass die GdP-Vertreter – wie in der Vergangenheit auch – jederzeit und nicht nur zu den Wahlzeiten für sie da sind. Für uns zählen Verbindlichkeit und Vertrauen und wir übernehmen Verantwortung. Daher wird es möglich sein, unsere Forderungen „auf den Weg zu bringen“. Die wichtigsten lauten: Wiedereinführung der Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulage sowie des Urlaubs- und des Weihnachtsgeldes, Senkung der wöchentlichen Arbeitszeit einheitlich auf 39 Stunden für alle Beschäftigte, Einführungen eines besonderen Belastungsausgleichs für Schicht- und Einsatzdienstleistende sowie die Reduzierung der Arbeitszeit auf 35 Stunden für diesen Personenkreis, verbindliche Dienstplangestaltung mit garantierten freien Wochenenden, Einführung von Langzeitkonten sowie Abschaffung der Verfallsfristen von Zeitkonten, Eins-zu-eins-Vergütung von

Bereitschaftszeiten, Ruhezeiten und Rufbereitschaften.

Die Bundespolizeiführung bot genauso wie unsere Mitbewerber bisher wenig Lösungsmöglichkeiten für die dringendsten Probleme an.

Familienfreundlichkeit? – Fehl-anzeige! Wir brauchen keine Zertifizierungen auf dem Papier, sondern tatsächliches und fürsorgliches Handeln. – Die Arbeitszeitregelungen sind ein viel diskutiertes Thema.

Unsere betroffenen Kolleginnen und Kollegen im Wechsel-, Schicht- und auch im Tagdienst haben ein Anrecht darauf, dass eine Dienst- und Arbeitszeitfestlegung sozialen und erträglichen Gesichtspunkten Rechnung trägt. Wir treten daher für planbare und verlässliche Arbeitszeitgestaltungen ein, die dem Grundsatz der Vereinbarkeit von Familie, Beruf und Pflege tatsächlich Rechnung tragen, anstelle dreimonatiger Abordnungen zu den Flughäfen und für Wocheneinsätze

Fortsetzung auf Seite 8



DIREKTIONSGRUPPE KOBLENZ

Fortsetzung von Seite 7

mit eigenen sozialverträglichen Dienstplänen, die dem Fürsorgegedanken entsprechen.

Es wird endlich Zeit, dass für das Ballungsgebiet Rhein-Main ein zukunftsfähiges Konzept aufgestellt wird. Die GdP-Vertreter machten Vorschläge; nun gilt es, diese umzusetzen. Und hierzu brauchen wir besonders starke GdP-Personalvertretungen.

Uns ist es nicht gleichgültig, ob man die berufliche Arbeit noch ertragen kann oder als positiven Teil seines Lebens empfindet. Für uns als GdP-Vertreter ist es wichtig, dass alle Dienststellen und Liegenschaften der Bundespolizei auf einen aktuellen und zeitgemäßen Stand gebracht werden. Und auch hierzu ist die GdP die einzige Gewerkschaft bundesweit, die sich



Zuständig als GdP-Vorsitzender für die Bundesländer Saarland, Hessen (mit Ausnahme des Frankfurter Flughafens) und Rheinland-Pfalz: Roland Voss. Der 48-Jährige weiß um die Sorgen und Nöte, die sich in seinem Bereich auslösen. Foto: GdP

dauerhaft für nachhaltige Verbesserungen der Liegenschaftssituation einsetzte. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir gestalten, während andere verwalten. Daher ist es für uns selbstverständlich, dass wir uns kümmern und mit euch dauerhaft im Dialog stehen. Denn es sind oft nur die „kleinen“ Dinge, um die es geht. Sie sind es aber, die im täglichen Umgang miteinander mit am Wichtigsten sind. Verantwortlich für eine kollegiale Kommunikation untereinander, die uns den Arbeitsalltag erträglicher machen. Deshalb bitte ich euch um aktive Teilnahme an den Personalratswahlen und um eure Stimmen für unsere Listenvertreter der Liste 1, unserer Gewerkschaft der Polizei, damit wir unsere erfolgreiche Arbeit fortführen dürfen. Experimente brauchen wir nicht.

RV

TARIFKOMMISSION

Ende März 2016 befasste sich die Tarifkommission (TK) der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Bezirk Bundespolizei, schwerpunktmäßig mit der Tarifrunde und den Personalratswahlen 2016.



GdP und ver.di „Hand in Hand“ – nicht nur bei Tarifverhandlungen: Peter Ludwig (links) und Frank Bsirske (rechts). Foto: GdP

Unsere gemeinsam erarbeitete Forderung nach 6% mehr Gehalt, die Erhöhung der Auszubildendenvergütung um 100 Euro sowie deren unbefristete Übernahme nach erfolgreichem Abschluss der Ausbildung in ihren Beruf und die Laufzeit des Tarifvertrags (gefordert werden zwölf Monate) standen dabei im Mittelpunkt der Betrachtungen. Neben diesen grundsätzlichen Forderungen richtete sich unser Augenmerk zu den Tarifverhandlungen auch darauf, dass sachgrundlose Befristungen – einschließlich Kettenbefristungen – endlich der Vergangenheit angehören. Und im Weiteren fordern wir, dass Regelungen zur Altersteilzeitarbeit auch über den 31. Dezember 2016 hinaus verlängert werden. Die Tarifkommissionsmitglieder verständigten sich, die noch bevorstehenden zwei Verhandlungsrunden zünftig unterstützend und solidarisch mit zu begleiten. Unsere Spitzenkandidaten für den Bundespolizei-Hauptpersonalrat und den Bezirkspersonalrat präsentierten außerdem in dem erarbeiteten „Tarif-Flyer“ die

konkreten Ziele unserer Arbeit. Als eine sehr gelungene Arbeit und Präsentation – gerade zu Wahlkampfzeiten – beurteilten die TK-Mitglieder die gemeinsam erarbeiteten „Personalratswahlzeitungen“ in den GdP-Direktionsgruppen Mitteldeutschland und Berlin Brandenburg. Diese sind nachahmens- und empfehlenswert. Kritisch sei an dieser Stelle angemerkt, dass es in verschiedenen Unterbehörden unserer Bundespolizei immer noch an der Umsetzung der Entgeltordnung (EGO) mangelt. In einigen Führungsetagen „versteckt“ man sich hinter der hohen Aufgabenbelastung infolge der Migrationslage. Letztere führte erst seit vergangenen Herbst zu einer erhöhten Kraftanstrengung in den verschiedensten Bereichen. Die EGO trat aber bereits am 1. Januar 2014 in Kraft. - Eine Nachfrage zum Sachstand der Bearbeitung an das Bundespolizeipräsidium blieb bis dato unbeantwortet. Doch wir versprechen, auch an diesem Thema dran zu bleiben.

PL

